

res Geldes im Auslande die Mitwirkung des Ministers des Auswärtigen; er muß über alle in dieser Richtung getroffenen Maßnahmen informiert werden. . . .

Soweit dieses Dokument.
Natürlich sind ähnliche Sorgen bei allen Staaten vorhanden gewesen — nur hat es für Deutschland die SPD-Bonozokratie verhindert, daß die Geheimarchive der Welt bekannt gegeben werden. Ja, sogar der USPD-Polizeipräsident Eichhorn hat im November 1918 verbrecherischerweise die Pflicht versäumt, die Spitzelarchive zu beschlagnahmen, obwohl Rosa Luxemburg und Genosse Plehmert ihn daran erinnerten — am 10. November 1918.

So sieht der kriegsmüde Kapitalismus aus!

Nach siebzehn Jahren

Abrüstungskonferenzen lösen einander ab. — Wie sieht es in Wirklichkeit mit der Friedenssehnsucht der Ausbeuter-Staaten aus? Hier einige Beispiele:

Die Vereinigten Staaten haben im Tempo der Rüstungen alle anderen imperialistischen Staaten überholt. Nach der Angabe der Liga der Nationen verausgabt Europa (ohne Deutschland) jährlich 2770 Millionen Dollar gegen 1878 Millionen Dollar im Jahre 1913, das heißt um 50% mehr. Das Kriegsbudget der Vereinigten Staaten ist von 288,5 Millionen Dollar im Jahre 1914 auf 847 Millionen Dollar im Jahre 1930-31 gestiegen, das heißt um das dreifache.

Besonders auffallend erscheint die Zunahme der Rüstungen in den Vereinigten Staaten bei der Gegenüberstellung der Rüstungsausgaben verschiedener Länder (nach offiziellen Angaben).

Die Kriegsausgaben in Millionen Dollar	1914	1923	1930-31
Frankreich	280	258	457
England	385,5	520	537
Vereinigte Staaten	288,5	680,8	847
Italien	131,2	135,5	249
Japan	97,2	234,5	234,4

Das Budget der Kriegsmarine ist seit 1914 in den Vereinigten Staaten kolossal gestiegen und beträgt für das Jahr 1930-31 382.505.197 Dollar.

Die Aviatik der Vereinigten Staaten ist die größte der Welt und hauptsächlich auf militärische Operationen zu Wasser berechnet. Die Zahl der militärischen Flugzeuge beträgt über 2000. Die Flugzeugindustrie ist in den ersten Kriegsmontaten zehntausend Flugzeuge fertigzustellen.

In England beträgt das Kriegsbudget offiziell für das laufende Jahr mit 39.930.000 Pfund Sterling zwar 570.000 weniger als im Vorjahre. In Wirklichkeit jedoch geht diese Verringerung auf Kosten des Soldes, der um 1 Million Pfund Sterling gekürzt wurde; somit sind die Ausgaben für die Armee faktisch gestiegen.

Ein Oberst aus dem englischen Kriegsministerium sagte vor kurzem: „England hat zweifellos in bezug auf Qualität seiner Panzerkreuzer und ihrer Anwendung alle Mächte überholt“.

Der Marineschiffbau sieht im Programm für das Jahr 1931 den Bau von 22 Schiffen vor; darunter 3 Kreuzer, 8 Torpedozerstörer und 3 Unterseeboote.

Frankreichs Heer beträgt zusammen mit allen seinen Hilstruppen, militärischer Polizei, „republikanische Garde“, Waldkorps usw. 680.000 Mann. Die Kriegsinindustrie, einschließlich Kriegsschiffe und Flugzeuge ist der einzige Industriezweig, der voll arbeitet. Diese Industrie besorgt auch die Bedürfnisse der osteuropäischen Vasallen: Frankreichs: Polen, Rumänien, Jugoslawien usw. Die chemische Kriegsinindustrie hat ihre Produktion um das sechsfache gesteigert.

Die Tschechoslowakia spielt im Plan der Kriegsvorbereitung die Rolle einer Versorgungsbasis. Trotz des kleinen Territoriums besitzt die Tschechoslowakia eine der größten Kriegsinindustrien der Welt, die für Rumänien, Estland, Lettland, China, Persien, Jugoslawien, Polen, Finnland usw. arbeitet. Die erste Stelle nehmen die Skoda-Fabriken ein, in denen über 40.000 Arbeiter beschäftigt sind; sogar während des Weltkrieges waren dort nur 30.000 Arbeiter tätig.

Viele russische Weißgardisten stehen im aktiven Dienste der tschechoslowakischen Armee und weißgardistische Offiziere arbeiten in den Kriegsbetrieben von Skoda. Die Unterhaltskosten der weißen Emigration bilden einen besonderen Posten des Staats Etats. Im Kriegsfalle kann die Tschechoslowakia ein Heer von 1,5 Millionen Soldaten aufstellen.

In Italien beträgt der Kriegsetat für das Jahr 1930-31 5.964 Millionen Lire gegen 4.837 Millionen im Jahre 1927. Die Stärke des stehenden Heeres ist etwa 250.000 Mann. — Außerdem stehen unter Waffen 40.000 Schwarzheiden, die im Mobilisierungsfalle sofort eine Armee von 200.000 Mann stellen können.

Nach dem vom Ministerrat im vorigen Jahre angenommenen Gesetz muß die gesamte Jugend von 18 bis 21 Jahren militärische Ausbildung erhalten. In der Jugendorganisation „Avantgarde“ sind 360.000 Knaben und Mädchen militärisch ausgebildet. Die faschistische Kinderorganisation zählt 1,5 Millionen Mitglieder.

Nicht umsonst hat Mussolini bei den Herbstmanövern der faschistischen Miliz im Jahre 1930 gesagt: „Liebt das Gewehr, liebt das Maschinen-gewehr, verzeiht das Bajonett nicht, denn im Einverständnis mit dem Königshause werde ich Euch bald zu Eurem Ruhme aufrufen, die Grenzen des Vaterlandes zu erweitern“.

Die Kriegsausgaben Polens betragen über 50% des Gesamteinkommens. Das stehende Heer beträgt 303.200 Mann. Zusammen mit Grenztruppen und Polizei etwa 342.000 Mann. Die faschistische Reservearmee beträgt zur Zeit annähernd 1 Million. Auf militärische Ausbildung der Jugend wird besonderes Gewicht gelegt. In der Sommerresidenz des polnischen Präsidenten fanden vor kurzem Manöver der Schuljünglinge statt, an denen 12.000 jugendliche beiderlei Geschlechts teilnahmen.

Die Kriegsinindustrie, die einzige „blühende“, beschäftigt über 65.000 Arbeiter. Jedoch deckt die heimische Industrie den Bedarf der Armee nur zu 20 bis 30%. Den anderen Teil, schwere Geschütze, Tanks usw. liefern Frankreich, Tschechoslowakei und Belgien.

In Rumänien sind die Kriegsausgaben auf 65 Millionen Dollar veranschlagt (31% des Gesamtbudgets). Doch stellen die Ausgaben des Kriegsinministeriums nur einen Teil der tatsächlichen Rüstungsausgaben dar, denn ein großer Teil entfällt auf das Zivilbudget. In Wirklichkeit betragen die Kriegskosten 50% der gesamten Staatseinkünfte. Rumänien ist der Vorposten der Antisowjetfront.

Deutschlands stehendes Heer darf bekanntlich, dank dieses Friedensvertrags von Versailles, nicht über 100.000 Mann betragen und 150.000 Mann Polizei. Außerdem verliert jedoch die deutsche Bourgeoisie über den Stahlhelm mit seinen über eine Million Mitgliedern, von der übrigen Bürgerkriegs-armee (Bürgerwehr etc.) ganz zu schweigen.

In der nächsten Nummer des „Spartakus“ bringen wir auf Verlangen einiger Ortsgruppen sowie auflastender Genossen abermals unser Programm zum Abdruck.

Die Reichs-Preffe-Kommission

Lebendiger Marxismus

Gegenwärtig sieht man einen Teil der bürgerlichen Zeitungen Sturm laufen gegen die Maßnahmen der Regierung Brüning, oder vielmehr gegen die des Reichsministeriums für Landwirtschaft und Ernährung. Es wird hier mächtig geschimpft auf die Zollerhöhungen, auf Schiele und seine Liebesgaben für die Landwirtschaft. Es wird vorgerechnet, daß — wie schmerzhaft — die Zollpolitik der Reichsregierung zur Verringerung der Lebensmittel und auch zur letzten Brotverheuerung zwingt. Man sagt nicht mehr, die Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte bewirken im Ausland Gegenzölle auf Industrieprodukte, die Deutschland ausliefert. Man jammert auch nicht über die Millionen, die der Staat als „Osthilfe“ usw. den Junkern in den Rücken schmeißt. Man schreit:

Brot, Erbsen und Speck werden dem armen Menschen zu teuer.

Man bringt Zahlen und Tabellen, die wir hier nicht zu wiederholen brauchen. Jeder Leser des „Spartakus“ liest sie in den Tageszeitungen und jeder Arbeiter spürt den wachsenden Gegensatz zwischen Lohn und Preis, jeder Arbeitslose die Kluft zwischen Unterstützungssätzen und Brotpreis.

Wie kommt es, daß sie sich mit einem Male um das Wohlergehen der Arbeiter zu sorgen beginnen, die tagtäglich über Proletariatsleiden schreien und im letzten Weltkrieg Millionen Arbeiter morden — weil der Profit es erfordert. Nun —

die Proletier rufen auch dieses Geschrei der Bourgeoisie hervor.

Bekanntlich wird der Wert einer Ware durch die in ihr enthaltene Arbeitskraft bestimmt. Der Wert der Ware Arbeitskraft aber durch die Warenmenge, die der Arbeiter zur Neubildung seiner Arbeitskraft braucht. Wieviel Brot, Hering und Kartoffeln der Prolet genießen muß, um frisch aus dem Werk gehen zu können, soviel Wert hat seine Arbeitskraft. Indem das Kapital, als Besitzer der Produktionsmittel, den Arbeiter dazu zwingen kann, länger zu arbeiten, als er zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft braucht — schindet das Kapital Profit aus der Arbeit heraus.

Seit jeher war das Kapital bemüht, den Teil des Arbeitstrages, den der Arbeiter zur Reproduktion seiner Arbeitskraft ausgezahlt bekommen mußte, mög-

lichst zu verkürzen. Einmal durch intensivere Ausbeutung (schnelles Arbeitstempo, bessere Maschinerie), zweitens durch Verbilligung der Lebensmittel, die dem Arbeiter als Fraß vorgesetzt werden (Zichorie statt Milch; Margarine statt Butter usw.).

Schließlich aber — ein bestimmtes Quantum muß der Arbeiter genießen, um überhaupt arbeiten zu können. Darum ist das Industrie-Kapital seit jeher an billigen Lebensmitteln Preisen interessiert. Und seit dem Aufkommen der kapitalistischen Wirtschaftsform besteht ein ständiger Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die „Klassiker“ der Nationalökonomie in England im Anfang des vorigen Jahrhunderts, Ricardo und Smith, führten eine kräftige Sprache gegen die Land-Lords und nennen sie nicht anders als Schmarotzer.

Englands Industrie sucht auch jetzt ihren Profit und ihren Weltmachtplatz durch Druck auf die Landwirtschaft zu halten. Die englische Regierung beschloß eine neue Steuer von einschneidender Wirkung für die englischen Landgutsbesitzer.

Andererseits in Deutschland. In der deutschen bürgerlichen Revolution war die Arbeiterklasse bereits so aktiv, daß vom ersten Tage der Revolution die Bourgeoisie Front gegen das Proletariat machen mußte.

Das Industrie-Kapital durfte aus diesem Grunde sich niemals mit den Kräftjunkten verfeinden und mußte den Agrariern den Willen lassen — wenn zum Schaden der deutschen Industrie.

Auch jetzt muß die Industrie damit zufrieden sein, was die Bauern verlangen. Denn der überwiegende Teil der Schutz- und Reichswehr, der Nazi und des Stahlhelms, dieser militärischen Stützen der Bourgeoisie, besteht aus Agrariern.

Und offenbar legt das Kapital auf deren Freundschaft mehr Wert, als auf die der Gewerkschaften, die ohnehin an Kredit bei der Arbeiterklasse viel verloren haben, und im Laufe der weiteren Entwicklung der Teufelskries — alles verlieren werden.

Man wird sich auf Bajonetten stützen müssen!

Eins ist aber festzuhalten! Vor einem Jahrhundert forderten Militär-Aerzte und Musterungskommissionen Arbeiter-Schutzgesetze, weil man in den Industrie-gebieten keine tauglichen Rekruten mehr fand.

Heute leben wir in der Niedergangs-Epoche des Kapitalismus. Die Bourgeoisie weiß, daß ihre Stunden gezählt sind. Sie hat kein Interesse mehr an einer gesunden, kräftigen Arbeiterklasse. Auch die Millionen Arbeitslosen sind in den Augen des Kapitals keine nützliche Reserve-Armee mehr, sondern unnütze Fresser, die unterstützt werden müssen, weil ihr Hunger sonst zur Gefahr für die ganze kapitalistische Ordnung werden kann.

Wie verheerend haben doch Parteien und Gewerkschaften, Reformismus und Führerglaube in der deutschen Arbeiterklasse gewirkt! Ist noch ein besserer Beweis notwendig für die Forderung Spartakus:

Zerschlagt alle Parteien und Gewerkschaften!

Kaltschnäuzigkeit

Daß in Deutschland — wie in allen kapitalistischen Staaten — die Klassenjustiz gegen die Arbeiterklasse wütet: daß — wie der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat von Tag zu Tag schärfer — auch der brutale Klassen-Charakter dieser Justiz immer klarer und deutlicher wird, — all dieses braucht nicht noch besonders hervorgehoben zu werden.

Stimmen muß man aber doch, welchen Gipfel von Heuchelei, Zynismus und Kaltschnäuzigkeit eben diese Justiz erreicht hat! Wir lesen:

Eine Entschließung des Preußischen Richtervereins

Die letzte Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Groß-Berlin des Preußischen Richtervereins hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die wie folgt lautet:

„Die Fälle, in denen Richter und Staatsanwälte von denjenigen Parteien, zu deren Ungunsten ihre Entscheidung ergehen muß, grundlos in ehrenrühriger und beschimpfender Weise angegriffen werden, mehrten sich außerordentlich. Hierdurch wird eine schwere Gefahr für das Ansehen der Rechtspflege geschaffen. Richterschaft und Staatsanwaltschaft halten es daher für dringend erforderlich, gegen derartige Angriffe der Parteien und ähnlich geartete grundlose Angriffe dritter Personen durch die übergeordneten Organe der Justizverwaltung in nachdrücklicher Weise geschützt zu werden.“

Schweig! Proletariat, — wenn jemand unschuldig zum Tode verurteilt wird. Schweigt, wenn meinede Richter „freigesprochen“ werden wegen „Gedanken-hemmung“. — Zweierlei Maß — je nachdem, ob ein faschistischer Moschadant oder ein proletarischer Revolutionär vor den Schranken des Gerichts steht. Denn sonst wird eine schwere Gefahr für das Ansehen der Rechtspflege geschaffen.“

Für den Inhalt verantwortlich: A. Prüfer, Dresden-Klotzsche
Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Nr. 18 * 6. Jahrgang
11. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlag: Rühnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes oder direkt beim Verlag Rühnitz-Hellerau, Händelstr. 3

Zweite September-Nr. 1931
Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Programm des Spartakusbundes

Die wirtschaftlich-politische Entwicklung der Endphase der bürgerlichen Weltordnung mit all ihren furchtbaren Beileiterscheinungen (restlose Verelendung der Massen, vollkommenes Versagen aller anderen proletarischen Organisationen) macht es zum dringenden Bedürfnis, unser Programm um verändert zum Ausdruck zu bringen. Wir kommen hiermit gleichzeitig dem Wunsche vieler außenstehender Proletarier sowie der Anforderung einiger Ortsgruppen des Spartakusbundes nach:

Die Reichs-Preffe-Kommission
Unser Programm zieht die Folgerungen aus der ökonomischen Situation der Bourgeoisie und aus der Situation, in der sich das Weltproletariat und besonders das deutsche Proletariat befindet.

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Dieser nicht widerlegte und unwiderlegbare Leitsatz, mit dem das Kommunistische Manifest, die Geburtsurkunde der modernen kommunistischen Arbeiterbewegung beginnt, muß heute eindringlicher denn je der proletarischen Klasse zu Bewußtsein gebracht werden. In der Epoche des sich aufwärts entwickelnden Kapitalismus blieb diese grundlegende marxistische Erkenntnis theoretische Weltrevolution, ist sie Aufbruch zu revolutionärer Tat. Mußte das „Kommunistische Manifest“ noch sagen: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große, feindliche Lager“, so ist diese Spaltung jetzt vollendet. Die beiden Lager, Bourgeoisie und Proletariat, stehen sich zum Entscheidungskampf auf Tod und Leben gegenüber. Der Zeitpunkt, den das „Kommunistische Manifest“ voraussagte, wo die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen, dieser Zeitpunkt ist da. Um eine Klasse unterdrücken zu können, müssen dieser Klasse Bedingungen gesichert sein, innerhalb derer sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. Heute ist die Bourgeoisie unfähig, zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden.“ Waren Reformismus und Opportunismus schon immer Abkehr, Ausweichen vom Klassenkampf, so bedeuten sie nunmehr den offenen, bewußten Verrat an der Klasse der Ausgebeuteten.

Das Zeitalter der „Sozialreform“ ist endgültig vorbei. Im Zeitalter der Sozialreform konnte der Arbeiter noch wägen, auf friedlichem Wege, ohne revolutionären Klassenkampf seine Lage verbessern zu können. Der Kapitalismus hatte in seiner Blütezeit diesen Wahn absichtlich genährt und sich den Luxus des Liberalismus gestattet. Liberalismus bedeutet scheinbares Abweichen von den reinen Klasseninteressen. Das Steigern der Bedürfnisse des Proletariats war lebensnotwendig für den Kapitalismus, als er noch eine unbedrohte Herrschaft ausübte. Durch bestimmte bürgerlich-liberale Ideologien beeinflusste er das Proletariat sogar, in reformistischem Sinne für den Aufstieg der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Mit dem Beginn des Weltkrieges ist das Zeitalter der sozialen Weltrevolution angebrochen.
Die Proletariat, die sich in der politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation „Spartakusbund“ zusammengeschlossen haben, betrachten es als den Hauptpunkt ihres Programms, alles zu tun, damit zu Gunsten der historischen Entwicklung geschaffenen objektiven Voraussetzungen für den Sturz der kapitalistischen

Welt und die Einrichtung der kommunistischen Gemeinwirtschaft auch die subjektiven Voraussetzungen geschaffen werden: einer historischen Aufgabe, bewußte Front der revolutionären Klasse des Proletariats.

Zu diesen subjektiven Voraussetzungen rechnet der „Spartakusbund“:
die Erkenntnis, daß alle alten Organisationsformen des Proletariats für die soziale Revolution unbrauchbar sind;
die Erkenntnis, daß es in dieser Untergangsepoche des Kapitalismus keine Trennung zwischen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben des Proletariats geben kann; daß das Arbeitsloshier ein politischer und wirtschaftlicher Faktor ist; daß der Bürgerkrieg, den

Rot Front! Heil Kitter!
Es ist dasselbe.
Gehorsam der Massen dem Führer.
Gehorsam dem Wort, ohne Sinn und Begriff.
Wir sagen nichts.
Wir haben nicht Gruß.
Nicht Zeichen, nicht Fahnen.
Wir haben das Wissen,
Den Glauben für uns.
Wir wissen, daß alle Entwicklung Frucht der Verhältnisse.
Wir glauben an die Kraft des Proletariats.
Wir wissen, der Wille kommt von den Vielen.
Die unite.
Wir glauben an das Proletariat,
Nicht an das Führertum.
Wir sagen nichts.
Wir haben nicht Gruß.
Nicht Zeichen, nicht Fahnen.
Wir haben nur eins:
Proletariat und Weltrevolution.

Von Friedrich R. Kaarhaus

die Bourgeoisie mittels Rationalisierung, Fordsystem, Stilllegung der Betriebe usw. gegen das Proletariat führt, eine politisch-wirtschaftliche Aktion ist; daß es sich in der sozialen Revolution nicht darum handelt, nur die politische oder nur die wirtschaftliche Diktatur des Klassengegners zu stürzen und nur die politische oder nur die wirtschaftliche Macht zu erobern, sondern daß die soziale Befreiung ein einheitlicher politisch-wirtschaftlicher Akt ist; daß deshalb schon heute, bei der Frontbildung für die Lösung der Aufgabe, die Zweiteilung der Dualismus: politische Partei und wirtschaftliche Organisation ein Hemmnis darstellt; daß deshalb alle politischen Parteien zu zerstören sind und auch die reinwirtschaftlichen Verbände, mögen sich die letzteren auch parteiendlich gebärden oder unter Vormundschaft und Leitung von nichtparlamentarischen Parteien stehen;

die Erkenntnis, daß die proletarische Klasse nichts von den Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft sich nutzbar machen kann in ihrer Revolution: weder den Staatsapparat, noch die nach bürgerlichem Muster aufgebauten Führerparteien und Führergewerkschaften;

daß sie Staat und Parteien und Gewerkschaften zerschreien und durch die proletarische Waffe der politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation ersetzen muß;

die Erkenntnis, daß die Uebernahme der „fertigen Staats-, Partei- und Gewerkschaftsmaschinerie“ die sichere Niederlage der proletarischen Revolution bringen würde;

die Erkenntnis, daß jede parlamentarische Betätigung innerhalb des kapitalistischen Staates, jeder reinpolitische „Kampf“ (Straßenparaden, Delegationsentsendung in die Parlamente, Werktagenkongresse, welche „Forderungen“ stellen an die kapitalistische Gesellschaft) und jeder reinwirtschaftliche „Kampf“ (Arbeitspolitik, Lohnforderungen, Streik um Almosen, Arbeitslosen-Demonstrationen um Kartoffeln, Kohlen usw.), daß die gesetzlichen Betriebsräte, die gesetzlichen Erwerbslosenausschüsse usw. außerstande sind, die trostlose Lage des Proletariats zu verändern, aber die Klasse von dem einzigen Ausweg weglocken, den die Entwicklung zeigt: den Weg der sozialen Revolution;

die Erkenntnis, daß die proletarische Klasse in ihrer Revolution vor Aufgaben gestellt ist, wie sie schwerer keiner Klasse in früheren Revolutionen gestellt waren;

die Erkenntnis, daß angesichts der Schwere der Aufgaben und angesichts der Tatsache, daß die revolutionäre Avantgarde des Proletariats sich nicht auf Schichten anderer Klassen stützen können, das bürgerliche Führerwesen, die Bevormundungsorganisationen, welche die Eigeninitiative und Verantwortung den Massen abnehmen und Unselbständigkeit im revolutionären Handeln erzeugen, zu verwerfen sind, da nur so die Befreiung der Arbeiterklasse möglich wird, eben als Werk der Arbeiter selbst.

Die im „Spartakusbund“ organisierten Hand- und Kopfarbeiter knüpfen mit ihrem Programm bewußt an die Lehren von Karl Marx, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Lenin (es ist selbstverständlich, daß wir den späteren Staatsmann Lenin, den Lenin an die „Kinderkrankheiten“ ablehnen); wir knüpfen an die Lehren der glorreichen russischen Oktoberrevolution, die uns stets mahnendes Beispiel in unserem Kampfe bleiben wird, wir knüpfen an die Lehren des deutschen November 1918.

Die im „Spartakusbund“ vereinten Arbeiter haben aus der Geschichte des Proletariats, die eine Geschichte schwersten Verrats, der Täuschung und des Betruges darstellt, gelernt und sind gewillt, aus den bitteren Erfahrungen für sich und ihre Klassengenossen die Konsequenzen zu ziehen.

Als die deutsche Arbeiterbewegung sich in der Periode ihrer tiefsten Schmach befand, als die Partei- und Gewerkschaftsführer offen zum Klassenfeind übergetreten waren, erstand der „Spartakusbund“ als das Gewissen den in den Erdlöchern des kapitalistischen „Vaterland“ verteidigenden Lohnsklaven.

Der „Spartakusbund“ entlarvte die Schurkenrolle der Partei- und Gewerkschaftsbözen und proklamierte: diese Organisationen müssen zertrümmert, das Proletariat muß aus der Bevormundung durch Führerkränze befreit werden, soll die soziale Revolution siegen.

Nicht eine neue Partei wollte der „Spartakusbund“ werden, die über das Proletariat oder durch das Proletariat zur Herrschaft zu kommen trachtete, sondern die proletarische Klassenorganisation. Die russische Oktoberrevolution hatte die Rätediktatur der Pariser Kommune noch nicht zum Triumph gebracht, als schon Karl Liebknecht in seiner Zuchthauszelle zu Luckau die bisherigen Organisationsformen von Partei und Gewerkschaften als die Quellen der Klassennot und -entfremdung aufdeckte und die Prinzipien für die Organisation entwarf, die den geschiedlichen Ansprüchen allein gerecht werden kann. Karl Liebknechts Forderungen, die in einem von der KPD, und der Kommunistischen Internationale bis heute totgeschwiegenen „Politischen Nachlaß“ nachzulesen sind, sind identisch mit der Parole „Alle Macht den Räten“ und mit den Leit-

reits ihre ermüdende Etikette geschaffen hatte. Er lächelte gutmütig-vorwurfsvoll, blickte auf die Uhr und gähnte wohl von Zeit zu Zeit ungewöhnten. Noch waren die letzten Begrüßungsworte nicht verklungen, als der ungewöhnliche Gast über dieses Auditorium mit einem reißenden Strom leidenschaftlicher Gedanken herfiel, die sehr häufig wie Geißelhiebe klangen. In jener Periode war die Stenographiekunst dem Bolschewismus noch nicht geläufig. Niemand machte Notizen, alle waren zu stark vom Geschehen ergriffen. Die Rede ist nicht erhalten geblieben, es blieb nur der allgemeine Eindruck von ihr in den Erinnerungen der Zuhörer, aber auch er unterlag der Bearbeitung der Zeit: die Begeisterung wurde vergrößert, die Angst verkleinert. In Wirklichkeit war der Eindruck der Rede, selbst bei den Allernächsten, vorwiegend gerade der der Angst. Alle gewohnten Formeln, die während des Monats, wie es schien, durch endlose Wiederholungen unerschütterliche Festigkeit gewonnen hatten, explodierten eine nach der andern vor den Augen des Auditoriums. Die kurze, leninsche Replik auf dem Bahnhof, hingeworfen über den Kopf des fassungslosen Tschcheidse, wurde hier zu einer zweistündigen Rede entwickelt, unmittelbar an die Petrograder Kaders des Bolschewismus gerichtet.

F. M. Das Reifezeugnis im Dritten Reich

In der Monarchie hing der Mensch beim Offizier an: gesellschaftsfähig war erst „der Herr Leutnant“. In der Republik braucht man dazu neben der dicken Brieftasche den Doktor-Titel; „den Dr.“ Wie unlängst die Zeitungen meldeten, machten sich einige gerissene Schläuberger aus dieser republikanischen Notwendigkeit ein Geschäft: für 600 RM in bar verkauften sie jedem den Doktor-Titel.

Das dritte Reich Hillers schallt auch in dieser Hinsicht eine Revolution: An die Stelle des Dr. tritt das F. M.

In der „Deutschen Zeitung“ las man vor Tagen ein Inserat. Ein Klempner empfahl sich als Portier und bewies seine Eignung mit dem Hinweis, er wäre national und „chemaliger Fememörder“.

Als anzustrebendes Zukunftsideal wird den Hillern, Nazis ein Zustand vorschweben, wie wir als Kinder in dem Lederstrumpf-Lügen-Märchen zu lesen bekamen: je mehr Skalpe am Gürtel des Hupflingels baumeln, desto angesehener ist er.

Auch Lehmann in Dorn bekenn sich neuerdings zu dieser Herrschtsch-Auslese durch Rauhhandel. Wie sein Sohn Prinz August Wilhelm auf einer Münchner Versammlung erzählte, hat sein Vater zu ihm gesagt: „Du kannst stolz drauf sein!“ August hatte nämlich bei einer Schlägerei in Königsberg den Anseh vollgekommen bekommen.

Es kommt also nicht einmal darauf an, wer im Raufen siegt; Hauptsache ist, man raunt sich. August ist überhaupt ein wahres Genie! Auf derselben Versammlung erzählt er, daß er sich zum Volksbegehren eingetragen habe mit der Berufsbezeichnung: „Arbeiter der Stirn“.

F. M. — „Arbeiter der Stirn“. Ist das alles nicht?

Aus den Bezirken

Einheitsfront des Proletariats, KPD, und Erwerbslosenkongreß

Wir erhalten aus Köln von unten bezeichneter Gruppe folgenden Bericht zur Veröffentlichung.

Unter der Parole „Einheitsfront des Proletariats ohne Unterschied der Parteien und Organisationen“ versuchte auch in Köln und Umgebung die KPD, die Erwerbslosen für ihre Parteinteressen zu gewinnen. Wie sie es in Wahrheit aber mit der Einheitsfront des Proletariats meint, das zeigte sich sehr bald. — In der ersten vom „unparteiischen“ (lies KPD): Erwerbslosenausschuß einberufenen allgemeinen Erwerbslosenversammlung, die einen baldigst zusammenzutretenden Erwerbslosen-Kongreß Mittelrhein vorbereiten sollte, erschienen von den 70000 Erwerbslosen in Köln ca. 30!! - Als nach einem der bekannten Parteiferate gemäß Referentenblatt zur Wahl von Delegierten zu dem Kongreß geschritten werden sollte, waren noch ganze 18 Mann anwesend. Von diesen wurden 6 Delegierte gewählt (3 davon waren uns nahestehende Genossen). — Dieses nicht in die Parteinteressen passende Ergebnis; aber auch die Kläglichkeit von 70000 Erwerbslosen, nicht mehr wie 18 zur Delegiertenwahl zu bekommen, veranlaßt, daß die Delegiertenentagung verlegt wurde und nun in zahlreichen Erwerbslosenversammlungen in allen Stadtteilen versucht wurde, Boden unter den Erwerbslosen neu zu gewinnen. Weil aber die Erwerbslosenbewegung als eine Parteisache und nicht als das, was sie ist, nämlich eine proletarische Klassenangelegenheit betrachtet wurde — darum blieben die Massen fern und in all den vielen Versammlungen erschienen nie mehr als im Höchstfalle 30 bis 40 Per-

sonen. Ja, mehrere Versammlungen wurden wegen zu schwachen Besuchs gar nicht erst eröffnet. Die Ursache, die in dem Widerspruch der Parteinteressen und den Interessen des Proletariats a's Klasse liegt, sehen die moskauereuen Kommunisten noch nicht.

Unsere Genossen haben an fast allen Versammlungen teilgenommen und immer wieder versucht, auf diese Erscheinung und ihre Ursache hinzuweisen; haben hingewiesen auf die Entwicklung des kapitalistischen Systems, von dem das Proletariat nichts mehr zu erwarten hat; daß aber dem Proletariat große historische Aufgaben gestellt sind, die zu erfüllen und zu beginnen jetzt höchste Zeit sei, wenn wir nicht mit dem sterbenden Kapitalismus zurückgeworfen werden wollen in die Barbarei. Daß nicht um Fragen der Suppenküchen und Winterbeihilfen die Sammlung und Einheit des Proletariats möglich sei — sondern nur um die eine große Aufgabe: die proletarische Revolution. Zu deren Erfüllung nicht Massen-Parlaments-Parteien, sondern der eigene Wille und die klare Erkenntnis des revolutionären Proletariats, frei von jeder Führung, notwendig sei. — Wir lehnten es ab, uns in den Erwerbslosenausschuß wählen zu lassen, erklärten uns aber bereit, als Delegierte am Erwerbslosenkongreß teilzunehmen. — Als nun mehrere der uns nahestehenden Genossen und Syndikalistinnen als Delegierte von den Erwerbslosen vorgeschlagen und gewählt wurden — da erklärte der Referent kategorisch: „Das geht nicht. Die Delegierten müssen mindestens auf dem Boden der RGO. stehen.“ Unter der Erklärung, daß damit bewiesen sei, daß die KPD, die Erwerbslosenbewegung zu einer Partei- und RGO-Angelegenheit ausnützen wolle und die proletarische Einheit gar nicht beabsichtigt sei, verließen wir und die syndikalistischen Genossen die Versammlung. Am 4. Oktober sollte nun der Erwerbslosenkongreß des Mittelrheins zusammenkommen. —

Einige Tage vorher wurde uns von sympathisierenden Genossen ein Rundschreiben des Erwerbslosenausschusses übermittelt, in welchem trotzallem wieder darauf hingewiesen wurde, daß der Kongreß dem rheinischen Proletariat beweisen sollte, daß man die Einheit schon zur Tat habe werden lassen. Wir wählten von uns 4 Genossen in unsere Versammlung als Delegierte und teilten diese Wahl dem Erwerbslosenausschuß frühzeitig mit, indem wir gleichzeitig unserer freudigen Genugtuung Ausdruck gaben, daß nach diesem neuen Rundschreiben wir gerne annehmen, daß in der vorangegangenen Versammlung der anders gerichtete Anspruch des Referenten eine persönliche Ansicht desselben und Entgegnung desselben gewesen sei und über alle Partei- und Organisations-Sonderinteressen hinweg doch die Einigung angestrebt werden sollte. Die Geschehnisse zeigten später allerdings ganz anderes. Die Syndikalisten hielten sich telefonisch mit dem Erwerbslosenausschuß auf das genannte Rundschreiben hin unterhalten und schon wieder dabei den Parteiinteressen-Standpunkt zu hören bekommen. Sie blieben darauf dem Kongreß fern. Unsere Genossen wurden auch zuerst von der Turkontrolle als Delegierte abgewiesen und wollte man ihnen nur gestatten, als Gäste anwesend zu bleiben. Darauf verzichteten wir. Nur einer von uns, der sich über die Turkontrolle hinweg mit den Delegierten selbst und besonders mit den Nichtkölndern über die Geschehnisse in den Vorversammlungen und unsere Begriffe der Einheitsfront und die Notwendigkeit derselben über alle Parteiinteressen hinweg unterhielt, mußte man als Gleichberechtigten zulassen. Der Verlauf des Kongresses war der übliche wie in allen Partei-Zusammenkünften. Das Referat ebenfalls. Ueber das geistige Niveau des Kongresses mögen einige Ausschnitte unterrichten.

Der erste Diskussionsredner, ein Bonner Erwerbsloser, klagte seine Not, daß er mit nur 15 Mark 14 Tage mit Frau und Kind leben müsse; es sei doch alles gleich — also los zur Revolution. — Wir kennen alle diese Klassengenossen, deren Verzweiflung so kraß die Wiedernatürlichkeit der herrschenden Gesellschaftsordnung zeigt, wir leiden mit ihnen gleiche Not, aber aus Verzweiflung nur allein wird die proletarische Revolution nicht zur Erfüllung ihrer Aufgaben kommen; sondern Klassenbewußtsein und Erkenntnis, das sind die notwendigen Grundlagen. Wir achten die Not und Verzweiflung dieser Proleten, aber wir wissen, daß ihre Verzweiflungen oft nur im „Bürgerlichen“ verwurzelt ist. — Unser Genosse wollte zuerst nicht sprechen, aber auf Drängen anderer Delegierter sprach er dann doch. Auf der materialistischen Geschichtsauffassung fußend, wies er die Entwicklung des kapitalistischen Systems nach, das in seiner Überentwicklung nichts mehr der Menschheit geben könne und entweder durch das revolutionäre Proletariat in eine neue kommunistische Gesellschaftsordnung übergeleitet werden müsse oder uns alle in die Barbarei zurückführe. Daß es heute nicht mehr gelten könne, ein Bettelstüppchen von den Besitzenden abzurufen, sondern die bevorstehenden Ereignisse das revolutionäre Proletariat zusammen schweißen mußte zur Einheit der Klasse, die auf Klassenbewußtsein und nicht mehr auf klare Erkenntnis beruhend ablehnt, die Fähigkeit sei, die uns Proleten historisch zufallende Aufgabe zu erfüllen. Sammlung der Klassenbewußten und klarsten Revolutionäre des Proletariats auf allen Stempelstellen und in allen Betrieben, alle Fragen einheitlich als Klasse stellen und zu beantworten, ein-

heitlich in Politischem und Wirtschaftlichem, einheitlich als Erwerbslose und Tüchtige — das wurde dem Kongreß von uns als die jetzt notwendigen Aufgaben genannt. —

Wie wenig die KPD, in ihren Reihen für eine derartige und so notwendige klassenmäßige Erkenntnis getan, bewiesen alle Diskussionsredner, die alle Mitglieder dieser Partei waren. — Einer derselben aus Brühl glaubte mit einer Handbewegung alle Ausführungen unseres Genossen erledigen zu können. Wörtlich sagte er: „Für uns ist die Revolution keine Erkenntnis-Angelegenheit, sondern nur eine Magenfrage. Ich, meine Frau, meine Kinder haben Hunger, und darum allein sind wir hier. Wir wollen diesen Winter mehr haben als nur Bettelstüppchen, wir wollen unsere Forderungen (Kohlen, Kartoffeln, Winterbeihilfe) durchsetzen. Da und dort ist auch schon den Erwerbslosen etwas bewilligt worden. Das wollen wir auch haben, weiter nichts.“

Ein anderer Delegierter aus Euskirchen berichtete, in Euskirchen seien den Erwerbslosen schon Kartoffeln und Kohlen ausreichend bewilligt worden und zu Weihnachten bekäme jeder 50 Mark. In Euskirchen hätten schon in den Vorjahren die Erwerbslosen all dies erhalten; aber sie, der Erwerbslosen-Ausschuß von Euskirchen hätten es bisher verheimlicht, auch der Partei, weil sonst, wenn andere Orte darauf Bezug genommen, die Gefahr bestanden hätte, daß der Magistrat auch ihnen diese Extrawurst entzogen. Jetzt sei es aber doch veröffentlicht worden und zwar in der SPD-Zeitung und nun sollten alle anderen Orte hinweisen auf Euskirchen und gleiches fordern. —

Nur unser Genosse allein wies hin auf das unproletarische, allem Klassenbewußtsein Hohn sprechende Verhalten dieses Erwerbslosenausschusses. Alle KPD-Anhänger empfanden nichts dabei, wenn Sonderinteressen über Klasseninteressen gestellt werden. — In ähnlichem Sinne sprachen fast alle Delegierten und gaben Beweise, wie in der KPD, für die Erziehung zu proletarischem Selbstbewußtsein und Selbständigkeit nichts getan wird; wie dort die verzweifelnden Proleten nur den Parteinteressen dienen müssen.

Rosa Luxemburg aber sagte schon, daß nichts der proletarischen Revolution so hemmend sei, als Illusionen — und nichts so fördernd und notwendig, als die nackte, brutale Wirklichkeit und Erkenntnis. Die Partei wird hier immer versagen, denn sie existiert von Illusionen. Uns aber, den klassenbewußten Proleten harren hier noch große Aufgaben.

Am 11. Oktober soll diesem Erwerbslosenkongreß ein weiterer für das ganze Rheinland folgen und danach am 11. November ein Reichs-Erwerbslosen-Kongreß in Berlin. Sollen wir uns an diesem Parteirummel beteiligen? Wir glauben, wir müßten wenigstens die Gelegenheit benutzen, die so notwendige klassenmäßige Aufklärung auszubreiten, unbeirrt von allen Sonderinteressen der KPD, und RGO.

Aktionsausschuß der
antiautoritären Kommunisten
Köln.

Mitteilung der RPK.

Eine Buchbesprechung über die Kollektivarbeit der „Gruppe internationaler Kommunisten (Holland)“: Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung ist bereits in Nr. 24 des „Spartakus“, 5. Jahrgang 1930 erschienen. Eine Wiederholung ist daher zwecklos.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Prüfer, Dresden-Klotzsche
Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Hier abtrennen

Bestellzettel

An das

Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

SPARTAKUS

zum Bezugspreise von 90 Pfg. vierteljährlich ab 1929
Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1931

Bezugsgeld ist von mir zu erheben.

Name

Ort u. Zustellungspostamt

Straße u. Hausnummer

Nr. 22 ☆ 6. Jahrgang

11. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES (Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3

Zweite November-Nr. 1931

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Bankrott der Demokratie

England, das klassische Land der Demokratie, das Land der verbürgerlichten Arbeiterbewegung, hat bei den letzten Wahlen einen noch weit größeren Rechtskurs genommen, als es in den anderen Ländern, und insbesondere in Deutschland, der Fall war. Die Auflassung, daß durch die Industrialisierung, daß durch die Konzentrierung, daß durch die historische Entwicklung die Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats sich entschiedener gegenüberstehen, und daß durch die klare Scheidung dieser beiden Gruppen der Stimmzettelkampf für den Machtkampf ausreichend sei, daß die parlamentarische Mehrheit — die durch die Masse der Arbeiterbewegung in den Industrieländern zahlenmäßig gegeben ist — den sozialen Inhalt des Staates bestimmt, hat sich bei der letzten Wahl als trügerisch erwiesen.

Der Bankrott der Demokratie kann nie offener zutage treten, als es bei den letzten Wahlen in England der Fall war. Nicht der Marxismus ist in diesem Wahlkampf vernichtet geschlagen, sondern die Kampfmethoden der reformistischen Arbeiterbewegung, ja, die theoretische Einstellung der 2. Internationale hat sich bei den Kämpfen des letzten Jahrzehnts und noch darüber hinaus und besonders bei dem letzten Wahlkampf

als eine Kampfmethodik erwiesen, die der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf keine Führerin sein kann.

Die Labour-Party ist noch nie eine marxistische Organisation gewesen. Schon Engels hat während seines Lebens gegen die kleinbürgerlichen Methoden dieser Partei gekämpft und er hat ständig auf die Gefahren hingewiesen, die aus der Kamplweise der Labour-Party entstehen würden.

Dadurch, daß England als Mutterland seine Kolonien bis zum Weißbluten ausbeutete und das Proletariat im aufstrebenden Kapitalismus Anteil an den Profiten hatte, ist England das Land des versöhnlichen „Klassenkampfes“ geworden. Nie hat die Partei daran gedacht, die historische Mission der Arbeiterklasse, den Sturz der Ausbeuterklasse herbeizuführen. Im Gegenteil, immer hat sie den nationalen Charakter ihrer Organisation in den Vordergrund geschoben; immer hat sie und auch die Gewerkschaften — genau wie die Parteien und Gewerkschaften der anderen Länder — die Arbeiterklasse dazu benutzt, sie dahin geschult, daß es nicht gilt, gegen die Ausbeuterklasse im eigenen Lande zu kämpfen, sondern eine Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie im nationalen Rahmen zu bilden.

Die Siegerstaaten

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist ein komplizierter Mechanismus. Unordnung in einem seiner Teile ruft Störungen im ganzen Apparat hervor.

Deutsch-Oesterreichische Zoll-Union — Zusammenbruch der Oesterreichischen Creditanstalt — Danat-Bankkrach — Abziehung der kurzfristigen Anleihen aus Deutschland — Schließung der deutschen Bankhalter — Abziehung von etwa 4 Milliarden aus England — Finanzkrise in England, in Frankreich, in Holland, in der Schweiz, in Belgien und in Amerika. Dies ist der Verlauf der gegenwärtigen Finanzkrise.

Durch diese Krise wurden auch zwei Staaten in ihrem Lebensnerv getroffen, die bisher eine ziemlich stabile Wirtschaft führen konnten: Frankreich und die USA.

„Eine stolze Insel — das scheint uns Frankreich, im Gefühl seiner Genugtuung, als letztes großes Land von der Krise fast verschont geblieben zu sein. Vielleicht noch nicht ernsthaft getroffen, aber doch mindestens gestreift wurde von der Phindkrise nun auch seine verwundbarste Stelle: die französischen Rentner — von den Zinsen eines bescheidenen Vermögens sparsam lebend und mit jedem Centime haushälterisch rechnend — wurden ängstlich, weil ihre Banken an den großen Guthaben in London doch ernste Verluste erleiden mußten. So kam die Basis des französischen Kreditgebäudes zeitweise ins Wanken: Depositenabhebungen aus Angst machten große Banken stützungsbedürftig — die Banque Nationale de Crédit und die Union Parisienne — und warfen kleinere in beträchtlicher Zahl ganz um.“

So schreibt die „Frankfurter Zeitung“ vom 25. 10. 31.

Aus den Vereinigten Staaten sind seit Anfang Oktober für 145 Millionen Gold nach Frankreich abgegangen. 485 Millionen Dollar sind für französische Zwecke in New Yorker Depots gewandert. Das bedeutet, daß der amerikanische Goldbestand in 14 Tagen um 2 1/2 Milliarden Mark zurückgegangen ist — zugunsten Frankreichs. Amerika erhöhte den Diskontsatz auf 3 1/2 Prozent. Es half nichts. Der Sturm auf die Banken ließ sich nicht aufhalten. Und im Monat Ok-

tober haben über 150 Banken der USA, pleite gemacht. Seit Beginn des Jahres haben über 1200 Banken mit Depositen von etwa 900 Millionen Dollar ihre Schalter schließen müssen. Die Wirtschaftslage Amerikas ist trostlos. Greifen wir einige Beispiele aus der amerikanischen Landwirtschaft heraus:

Die Regierung der USA. hat den Farmern eine Prämie versprochen, wenn sie ein Drittel der diesjährigen Baumwoll-Ernte vernichten. Es handelt sich um 5 Millionen Ballen im Werte von 800 Millionen Mark.

Die Herstellungskosten für ein Bushel Hafer betragen 48 Cent, der Marktpreis nur 11 Cent. Die Farmer verheizen den Hafer.

Den kalifornischen Farmern ist es unmöglich, ihre Pfirsiche zu verkaufen. Von der letzten Ernte wurden 1,5 Millionen Zentner vernichtet. Jetzt „regelt“ man die Produktion, indem man 50000 Hektar der Pfirsich-Plantagen umschlagen läßt.

Amerikanische Staaten erwägen die Einführung der Silberwährung. Dieses würde die Vorherrschaft Frankreichs auf der Welt brechen. Deshalb begab sich der Geschäftsführer des französischen Kapitals, Laval, nach Amerika.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Laval-Hoover war, den Goldstandard weiter zu behalten. Die Hoffnung Amerikas, eine Streichung der Kriegsschulden zu erzielen, um so die Kaufkraft Europas zu stärken und den Absatzmarkt für amerikanische Waren zu heben, scheiterte. Frankreich verlangte für diesen Fall auch den Erlaß aus seiner Schulden an Amerika. Amerika wäre damit einverstanden, wenn Frankreich Zusagen in der Abrüstung gemacht hätte. Dieses konnte Frankreich unmöglich tun, ohne seine Vormachtstellung auf der Welt aufzugeben. Und treffend urteilt „Daily Telegraph“ über das Ergebnis der Amerikareise Lavals:

„Verglichen mit dem, was erwartet worden war, wird das gemeinsame Kommuniqué als enttäuschend betrachtet. Soweit greifbare Ergebnisse in Frage kommen, scheint die amerikanische Ansicht so zu lauten: Ein ziemlich dürftiges und unfruchtbares Dokument für drei Tage Arbeit. Es ist sehr wenig geleistet worden.“

Einzelnummer 15 Pf.

erscheint monatlich zweimal

um dem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte gewachsen zu sein.

England ist von der Weltwirtschaftskrise nicht verschont geblieben. Der Labour-Party, in dieser Krise die politische Herrschaftsform der besitzenden Klasse auszuüben. Sie konnte jedoch nicht im geringsten den Zusammenbruch des ehemaligen Weltreiches aufhalten. Mit noch schärferen Machtmitteln führte Macdonald den Feldzug in Indien, in noch größerem Ausmaß wuchs die Erwerbslosigkeit im eigenen Lande, und die Finanzkatastrophe und die damit verbundene Plünderung der Macdonaldregierung hat einen gewaltigen Sieg der Konservativen zur Folge gehabt.

Die Wahlen zeigen, daß die Auswirkungen der Weltkrise einen Radikalisierungsprozeß in der Arbeiterbewegung nach links, zur kommunistischen Bewegung, leider noch nicht gebracht haben. Die Reaktion auf die Unfähigkeit der Macdonaldregierung hat einen gewaltigen Sieg der Konservativen zur Folge gehabt.

Der gewaltige Wahlsieg, den die Rechten dank der demokratischen Regierungskunst der Macdonald und Co. errungen haben, hat sie zum Alleinherrscher über die kommenden Regierungserlasse gemacht. Was wird sie tun? Wird sie die Unzufriedenheit der breiten Masse, die durch die Handlungsweise des Reformismus abgeschreckt sind und ihre Stimme den gefährlichsten Ausbeutern gegeben haben, zu einer Zufriedenheit umwerten können? Wird sie die hungernden, arbeitslosen Massen wieder in den Produktionsprozeß zur weiteren kapitalistischen Ausbeutung einreihen können? Nein, tausendmal nein! Was der Macdonaldregierung nicht gelungen ist, wird auch der konservativen Baldwinregierung nicht gelingen!

Die Unfähigkeit der Arbeiterregierung ist zugleich die Unfähigkeit jeder anderen Regierung, den kapitalistischen Zusammenbruch aufzuhalten. Hier heißt es nur noch mit noch schärferen Ausbeutemethoden die Arbeiterschaft an die Kandare zu nehmen. Die Aufrechterhaltung der Hungerordnung bringt in den nächsten Wochen noch größere Plünderungen, noch mehr Lohnraub, neue Steuern, stärkeren Polizeiterror, Lohnraub und Plünderung verschärfen den Kampf um die Eroberung des Weltmarktes, außenpolitisch wird der englische Imperialismus vorstoßen und auf ungeheure Widerstände stoßen. Gleichzeitig wird sich der Klassenkampf im Inneren des Landes verschärfen. Die Zeit der Machtkämpfe in England ist dadurch in alle Nähe gerückt.

In allen Ländern, wo durch die Sozialdemokratie die Demokratie als Alibiemittel eingeführt ist, ist letztere der Wegbereiter des Faschismus geworden. Die Systeme der Demokratie haben sich in jedem Lande als Leerlaumaschinen erwiesen. Sie konnten nur solange andauern, wo eine reformistische Reife im Proletariat vorhanden war, und die Krise noch nicht die Tiefe der heutigen Wirtschaftskatastrophe angenommen hatte. Sie konnten nur solange ihr Leben fristen, als noch die Möglichkeit gegeben war, den Etat der Länder auszubalancieren. Doch -en Zwangsläufigkeiten des kapitalistischen Zusammenbruchs sind sie nicht gewachsen. Es ist nicht nur die Demokratie, die sich als System utopisch erwiesen hat, sondern die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und Parteien, die Organisation des Reformismus. Der Bankrott der 2. Internationale im Jahre 1914 am 4. August, der Bankrott der 2. Internationale im Jahre 1918, der Bankrott der 2. Internationale heute, wo die Geschichte zum 3. Male vom Proletariat den Kampf um die Macht fordert. Besonders in diesen Zeiten erweisen sich die Kampfmethoden der 2. Internationale als verräterisch am Proletariat. Zwanzig Jahre Klassenverrat am Proletariat durch die 2. Internationale, jeden Tag offensichtlicher, das ist das Fazit des Reformismus. Und dieser Reformismus hat in England eine ungeheure Niederlage erlitten. Refor-